

**Bezugspreis:**  
Einzelheft 1.50 — 1.50 — 1.50 —  
12 Hefte 18.00 — 18.00 — 18.00 —  
3 Hefte 5.25 — 5.25 — 5.25 —  
6 Hefte 10.50 — 10.50 — 10.50 —  
12 Hefte 21.00 — 21.00 — 21.00 —  
24 Hefte 42.00 — 42.00 — 42.00 —  
48 Hefte 84.00 — 84.00 — 84.00 —  
6 Monate 48.00 — 48.00 — 48.00 —  
1 Jahr 96.00 — 96.00 — 96.00 —  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegraphen-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Anzeigenzeile  
kostet 16.— M.— Restpreis 80.— M.—  
„Kleinanzeigen“ das selbige  
Wort 4.— M.— (zweimalig zwei selbige  
Wörter) jedes weitere Wort  
2.— M.— Stellegen und Schließ-  
stellenanzeigen das erste Wort 2.50 M.,  
jedes weitere Wort 2.— M.— Worte  
über 15 Buchstaben zählen für zwei  
Wörter. Familien-Anzeigen für Abon-  
nenten 50% — M.—  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Schluß  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Moriaplatz 15195-97  
Expedition Moriaplatz 11753-54

Dienstag, den 13. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moriaplatz 11753-54

## Vor einer neuen Reparationsnote.

Paris, 13. Juni. (W.T.B.) Die Reparationskommission ist gestern zu einer offiziellen Sitzung zusammengetreten, um über den Text einer neuen Note an Deutschland zu beraten, die die Ergänzung des am 1. Mai und des am 31. Mai als Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 28. Mai nach Berlin gerichteten Memorandums bilden soll. In diesem Memorandum hat die Reparationskommission sich vorbehalten, einige noch ungeklärte Punkte wie die Frage der Autonomie der Reichsbank und die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht zum Gegenstand einer besonderen Mitteilung zu machen. Die Kommission, die gestern noch zu keinem endgültigen Beschluß gekommen ist, wird heute ihre Beratungen fortsetzen.

Der „Pest Parisien“ teilt in diesem Zusammenhange mit, daß der Gedankenaustausch zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung in der nächsten Zeit wieder sehr lebhaft werden würde, da das Scheitern der Antiepilepten eine neue Inflationsschub in Deutschland entstehen lasse, der die Reparationskommission schon heute feste Grenzen zu ziehen beabsichtigt.

### Chefbesprechung in der Reichskanzlei.

In der Reichskanzlei fand gestern nachmittag eine Chefbesprechung statt. Man besetzte sich mit der parlamentarischen Lage und mit den Reparationsfragen. Staatssekretär a. D. Bergmann hat heute vormittag in einer erneuten Chefbesprechung in der Reichskanzlei über die Besprechungen in Paris berichtet. Die Aussprache wird heute nachmittag um 5 Uhr in einer Kabinettsitzung fortgesetzt. Für Mittwoch ist eine Sitzung des Kabinettsausschusses vorgesehen.

### Frankreichs Kriegsschulden.

Paris, 13. Juni. (W.T.B.) Nach der „Chicago Tribune“ soll der französische Botschafter in Washington, Jusserand, seiner Regierung mitgeteilt haben, die amerikanische Regierung lege den größten Wert darauf, daß die seit langem vorgehenden Verhandlungen über Frankreichs Kriegsschulden nicht länger hinausgeschoben werden. „New York Herald“ meldet dazu, die französische Regierung habe nicht die Absicht, schon jetzt die Frage der Annulierung der interalliierten Kriegsschulden aufzuwerfen, vielmehr beabsichtige sie, sich auf die Erklärung zu beschränken, daß Frankreich in den nächsten Jahren nicht imstande sei, irgend welche Zahlungen zu leisten. Der französische Ministerrat wird sich heute mit der Frage der Einsetzung eines Vertreters der französischen Regierung nach Washington zu Verhandlungen über die Angelegenheit der Kriegsschulden zu befassen haben.

### Die russische Frage.

Der französische Ministerrat wird sich heute mit der Frage beschäftigen, in welcher Form sich Frankreich an der Konferenz von Haag beteiligen soll. „Matin“ glaubt zu wissen, daß Frankreich lediglich Beobachter schicken werde.

Der amerikanische Regierungsvorsteher in Wirtschaftssachen Hoover erklärte, für die Vereinigten Staaten sei es kein Verlust, nicht mit der Sowjetregierung in Verbindung zu treten. Rußland näherte sich der wirtschaftlichen Paralyse. Der Zeitpunkt rückt heran, in dem das russische Papiergeld wertlos sein werde. „Daily Telegraph“ sieht in diesen Äußerungen die Bestätigung dafür, daß Amerika nicht aktiv an der Haager Konferenz teilnehmen werde.

### Englisch-französischer Notenwechsel.

London, 13. Juni. (Reuter.) Die britische Antwort auf das französische Memorandum vom 2. Juni betreffs der Haager Konferenz sagt: Das französische Memorandum scheint auf einer Begriffsverwirrung zu beruhen und zeigt auch keine Vertraulichkeit mit dem, was auf der Genueser Konferenz behandelt worden ist. Die Haager Konferenz soll eine Sachverständigenkonferenz sein und die britische Regierung beabsichtigt nicht, Vertreter irgendeines anderen Charakters oder mit irgendeiner anderen Eigenschaft dorthin zu senden. Die Tatsache, daß die beiden britischen Hauptvertreter parlamentarische Untersekretäre sind, ändert diesen Grundsatz nicht. Beide sind Sachverständige; der eine in Finanzsachen, der andere in geschäftlichen Angelegenheiten. Sie sind keine Bevollmächtigten. Jede Abmachung, die sie treffen, muß der Regierung zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Regierung hat nicht die Absicht, politische und diplomatische Vertreter zur Konferenz zu ernennen. Eine vorherige Erörterung der Prinzipien würde nutzlos sein, da sie nur wiederholen würde, was schon in Genua gesagt ist. Daher liegt kein Grund vor zu einer Verlängerung der Frist zwischen dem 15. Juni, dem Tage der Ankunft der nicht-russischen Mitglieder, und dem 20. Juni, an dem die russische Kommission zusammengetreten sein wird, oder dem 26., an dem beide Kommissionen zusammenkommen. Die Regierung ist entschieden gegen den französischen Vorschlag, daß das russische Memorandum vom 11. Mai zurückgezogen wird, ehe die Haager Kommissionen zusammengetreten. Die Frage der Zurücknahme des Memorandums wurde in Genua nicht aufgeworfen. Alle Delegationen, mit Einschluß der französischen, nahmen vielmehr in der letzten Plenarsitzung den Vor-

schlag der Ernennung der Haager Kommission an. Die Regierung hielt daran das russische Memorandum für überholt durch die Verhandlungen der Plenarsitzung und glaubte, die Kommissionen würden das Memorandum gänzlich außer Betracht lassen.

Die Regierung ist dagegen bereit, den französischen Standpunkt gelten zu lassen, daß die Resolution von Cannes für die Resolutionen im Haag grundlegend sein muß. Die Regierung lehnt weiter die französische Behauptung ab, daß ausländische Antragsteller das Recht haben sollen, ihr von Rußland konfisziertes Eigentum zurückzuverlangen. Sie besteht aber darauf, daß wirkliche Entscheidung geleistet wird. Die Regierung gibt zu, daß der sicherste Weg für Rußland, den Wohlstand wiederherzustellen und Kapital zu erhalten, der wäre, daß man denjenigen, welche in der Vergangenheit Rußland Hilfe geleistet haben, die Rückkehr zu ihren Unternehmungen ermöglichte.

Der französische Vorschlag, wonach eine nicht-russische Kommission, ohne die russische Delegation in das Vertrauen zu ziehen, einen vollständigen Wiederaufbauplan für Rußland ausarbeiten und ihn ihr nachher als Ultimatum präsentieren solle, hieße die Zwecke der Haager Konferenz lächerlich machen. Eine Beratung mit den russischen Delegierten und ein Zusammenarbeiten mit ihnen ist durchaus notwendig, wenn die Haager Konferenz praktische Ergebnisse zeitigen soll. Die britische Regierung wünscht, auf der Haager Konferenz die Frage der Schulden, des Privateigentums und der Kredite zu erörtern und als Sachverständige mit Sachverständigen zu unterhandeln. Was die Rückgabe des konfiszierten Eigentums angeht, so muß es entweder den früheren Eigentümern zurückerstattet oder es muß voller Ersatz geleistet werden. Rußland kann von privaten Darlehensgebern nur Kredite erhalten, wenn diese die gebotene Sicherheit für ausreichend halten.

### Poincarés Antwort.

Die Entgegnung der französischen Regierung auf das englische Memorandum, die dem englischen Kabinett bereits überwiesen worden ist, läßt die Forderung auf Zurückziehung des russischen Memorandums fallen, hält in der Eigentumsfrage und in der Forderung einer Vorkonferenz an dem bisherigen Standpunkt fest. Ueber das Konferenzprogramm äußert sich die Note dahin, daß, wenn die Konferenz tatsächlich stattfinden sollte, die französische Regierung auf das nachdrücklichste darauf bestehen müsse, daß jede politische Diskussion vermieden werde und lediglich die rein technischen Fragen, insbesondere die Fragen der Schulden, des Privateigentums und der Kredite behandelt würden. Sie erklärt, daß es ihr unmöglich sei, in irgendeiner Ermäßigung der Kriegsschuld einzuwilligen, wenn sie auch grundsätzlich bereit sei, Rußland weitgehende Zahlungserleichterungen zu gewähren. In der Frage der russischen Staatsanleihen erachte es die französische Regierung als *conditio sine qua non*, daß die Rechte der Titelinhaber anerkannt und respektiert und daß ihnen ausreichende Bürgschaften von den Sowjets gegeben werden. Hinsichtlich der Rückzahlung zu gewährenden Kredite stimme die französische Regierung mit der englischen überein in der Auffassung, daß Rußland unmöglich Geldgeber finden könne, wenn es nicht befriedigende Bedingungen anbiete.

### Oesterreichs Finanzkatastrophe.

Wien, 13. Juni. (U.) An der gestrigen Börse sind die Kurse der Devisen in einem bisher noch nicht dagewesenen Tempo in die Höhe geschnellt. In allen Börsenkreisen herrschte Panikstimmung, und man verwies darauf, daß die derzeitigen Zustände unhaltbar seien. Man sieht den kommenden Tagen mit großer Unruhe entgegen und erklärt, daß gegenwärtig nur die Ruhe vor dem Sturm herrsche. Heute wurde der Brotpreis von 940 auf 1230 Kronen, der Preis für kleines Weißgebäck von 50 auf 70 Kronen, der Preis für eine Straßenbahnfahrt von 80 auf 150 Kronen erhöht. Die unerfüllten Kreditversprechungen der Entente rächen sich also in furchtbarer Weise. Der Dollar wurde bis auf 21 000 und 22 000 Kronen, die deutsche Mark vorübergehend auf 70, die tschechische Krone auf 407, ein Pfund Sterling auf 100 000 Kronen hinausgeschleudert. Der Banknotenmarkt ist in den letzten zwei Wochen um 4 1/2 Millionen Kronen gestiegen.

Die Börsenkammer beschloß, angeblich aus technischen Gründen, den morgigen Börsentag ausfallen zu lassen. Die Regierung kündigt einschneidende Maßnahmen an, um der panikartigen Stimmung in der Bevölkerung zu begegnen. Die Regierung erklärt, daß die Bevölkerung mit Ruhe den Vorbereitungsmaßnahmen entgegenzusehen könne. Bisher hat der Bundespräsident Dr. Seip die Führer der parlamentarischen Parteien ersucht, der übertriebenen Beunruhigung der Bevölkerung, die sich in Angstkäufen äußert, entgegenzuwirken, weil diese Angstkäufe nur die Teuerung erhöhen.

Eine leichte Besserung scheint allerdings inzwischen eingetreten zu sein, da an der heutigen Berliner Börse die Mark nur noch circa 52 Kronen wert war, gegenüber 70 am gestrigen Tage.

Dollar 315.

## Dokumente zum Kriegsausbruch.

Von Karl Rautsky.

Da ich die Verantwortung für die von mir zusammengestellten deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch trage, fragt mich die Redaktion des „Vorwärts“ um meine Meinung über die Neuherausgabe, die Dr. Kanner in Betreff der Unvollständigkeit der Sammlung zuerst in seinem Buch, dann hier in Nr. 266 d. Bl. veröffentlicht hat.

Ich habe einfach zu erwidern, daß ich die Auffassung des Rezensenten des „Vorwärts“ vollständig teile und darin auch durch die Mitteilungen des bayerischen Legationssekretärs Freiherrn v. Soden nicht erschüttert werde, der bei dem Freidenker-Prozess ausgesagt haben soll, daß „amtliche Privatbriefe an Gesandte den amtlichen Berichten vollständig gleichgehalten und ebenso wie diese unter den amtlichen Akten bewahrt werden“.

Ich habe kein stenographisches Protokoll des Prozesses zur Hand, kann also nicht nachprüfen, ob der Herr Legationssekretär sich wirklich so ausgedrückt und wie er die „amtlichen Privatbriefe“ definiert hat. Ich möchte demgegenüber nur auf einen anderen Sachverständigen hinweisen, dessen Sachkunde niemand bezweifeln wird und dessen Aussage, von ihm selbst abgefaßt, mir gedruckt vorliegt. Ich rede von dem sehr nützlichen Büchlein über „Das politische Schriftwesen im deutschen Auswärtigen Dienst, ein Leitfadens zum Verständnis diplomatischer Dokumente“ (Tübingen, Mohr, 1920), das Dr. Hermann Meyer, Archivar beim Geheimen Staatsarchiv in Berlin, verfaßt hat. Dort heißt es auf Seite 24:

„Es sei betont, daß unter den amtlichen Schriftstücken im diplomatischen Schriftverkehr nicht nur zwischen der Zentralbehörde auf der einen und den auswärtigen Missionen, den Reichsbehörden, der Obersten Heeresleitung usw. auf der anderen Seite, sondern auch zwischen dem Außenminister und fremden Diplomaten usw. die Privatbriefe eine große Rolle spielen.“ „Es ist immer bei uns üblich gewesen,“ so erklärte unlängst ein langjähriger deutscher Auslandsdiplomate, „daß man amtliche Nachrichten durch Privatbriefe unterflüchte. Das ist ein Modus gewesen, der in der Diplomatie vollkommen gang und gäbe war.“ (Soweit ist Graf v. Bernstorff. S.)

Mitunter ist vom Absender bzw. vom Empfänger oder von dritten Personen in den Akten die Tatsache der Absendung bzw. des Eingangs eines solchen Privatbriefes in einer bestimmten Frage vermerkt, hin und wieder findet sich auch das Konzept des abgeordneten Briefes oder wenigstens ein Auszug aus ihm bzw. das Original oder eine Abschrift des empfangenen Briefes oder doch ein Auszug daraus bei den Akten. Das ist aber, wie bemerkt, keineswegs die Regel. Beschlagnahmte Akten im Aktenmaterial, durch die nochmals die richtige Beurteilung des Ganges einer politischen Aktion nur auf Grund der vorliegenden diplomatischen Schriftstücke schlechthin unmöglich gemacht wird, erklären sich häufig dadurch, daß politisch wichtige Privatbriefe weder in ihrem vollen Wortlaut noch auszugsweise aufgenommen und daß weiterhin über stattgehabte mündliche, auch telephonische Erörterungen irgendwelche Aufzeichnungen nicht gemacht worden sind.“

Hinzugefügt sei, daß manche Weisungen mündlich durch entsandte Vertrauensmänner übermittelt wurden. Das war namentlich leicht möglich im Verkehr zwischen Berlin und Wien, zwischen welchen Städten nur die Eisenbahnfahrt einer Nacht lag. Und die Wochen vor dem Krieg fieseln in die Zeit der Ferien- und Badereisen, wo man sich unauffällig, etwa in Salzburg oder Berchtesgaden treffen konnte.

Um die Lücken in den Dokumenten zu erklären, muß man also keineswegs annehmen, daß man in Berlin und Wien dem Beispiel des Herrn v. Böhl gefolgt ist, der im Münchener Prozeß als Zeuge und nicht etwa als Angeklagter gleichmütig mitteilte, er habe als Archivar drei ihm anvertraute Dokumente vernichten lassen. Daß im Berliner Auswärtigen Amt etwas Derartiges vorgekommen sei, dafür habe ich nicht die geringsten Anzeichen gefunden.

Und doch war mir bei der Sammlung der Kriegsdokumente die Lücke sofort aufgefallen, die jetzt Dr. Kanners Bericht erragt. Sie war auch zu auffallend: Gleich nach dem Attentat von Serajewo hatte sich der deutsche Botschafter in Wien, Tschirschy, gegenüber den Wiener Kriegsgeheimnissen derselben abmahnenden Stellung befassen, die von der deutschen Politik in den Vorjahren eingenommen worden war. Da fuhr plötzlich Wilhelm mit einer unerwarteten Wendung dazwischen. In Randglossen zu einem Bericht Tschirschys vom 30. Juni tobt er gegen dessen besänftigende Haltung mit Ausbrüchen, wie: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm!... Tschirschy soll den Insinn gefälligt lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald.“

Am 4. Juli bereits kann man bei Tschirschy einen ganz anderen Kurs konstatieren. Unzweifelhaft auf eine Weisung von Berlin hin. Aber keine solche fand sich im Archiv. Auch in den Akten der deutschen Botschaft in Wien suchte ich vergeblich danach. Wie raffiniert hätte man vorgehen müssen, um gleichzeitig in Wien und Berlin die Spuren des Verweises zu tilgen, und welche Kopfschütteln mußte sich mit der Raffiniertheit paaren, daß man dabei Wilhelm's Randglossen unverändert ließ!

Als dann Dr. R. Gooß die österreichischen Akten zur Entstehung des Weltkriegs herausgab, veröffentlichte er daneben eine zusammenfassende Darstellung, die dokumentarischen Beweis dafür erbrachte, daß Tscharichtz wegen seiner „Laubheit“ gerüffelt worden sei und seitdem zum Kriege (wohl gemerkt, gegen Serbien, nicht zum Weltkrieg) hegte.

Wertwürdigerweise fehlen gerade diese beiden Aktenstücke, auf die Dr. Gooß in seinem Kommentar hinweist, in der von ihm herausgegebenen Sammlung der Dokumente. Und als Dr. Kanner den österreichischen Bundeskanzler ersuchte, ihn Einsicht in diese „vergeßenen“ Dokumente nehmen zu lassen, wurde ihm das verweigert!

Für die österreichische Publikation der Akten über die Entstehung des Weltkriegs ist also der Beweis erbracht, daß sie unvollständig ist. Aber auch hier fehlt jeder Beweis, daß unbenutzte Akten vernichtet wurden.

Man muß indes Dr. Kanner zustimmen in der Forderung, daß dieser Punkt klargestellt werde. Denn dabei handelt es sich um nichts Minderes, als um die Klarlegung der deutschen Schicksalswende. Bis zum 30. Juni war die deutsche Politik in Wien demütigt gewesen, die verbrecherischen Idioten vom Balkanplatz vor allzu verzweifeltten Abenteuern zurückzuhalten, die den Weltfrieden bedrohten. Die Tötung eines befreundeten Fürsten durch serbische Attentäter ließ plötzlich bei Wilhelm und seinen Weibern alle Erwägungen der Klugheit vergessen und rief sie fort in die Bahn des wahnwitzigen Abenteuers, das in Wien je geplant worden. Nicht das Verlangen nach der Welt Herrschaft, sondern der Drang nach Vernichtung der Königmörder bestimmte in jenen Tagen den Beherrscher Deutschlands. Schon das bis jetzt jutage geförderte Material läßt den verhängnisvollen Anteil des Frankfurter gesteigerten monarchischen Gefühls Wilhelms an der Entsehung des Krieges deutlich erkennen. Doch je klarer wir in diesen Dingen sehen, um so besser für uns!

Dr. Kanner ist daher bei seinen Forschungen darüber Erfolg zu wünschen. Zunächst wenigstens dürfte weitere Klarheit nur aus dem Wiener Archiv zu gewinnen sein.

Auf jeden Fall jedoch bezeugt die Kannersche Kritik, daß für die Kriegssakten daselbe gilt, wie für andere Akten: Sie enthalten sehr viel, sehr wichtiges, aber nicht alles, und man muß auch da wieder sich vor der Weisheit des Aktenmenschen hüten, der da meint, was nicht in den Akten stehe, sei in Wirklichkeit nicht vorhanden.

In Privatbriefen und in persönlichen Erinnerungen wäre sicher noch viel zu finden, was heute sorgfältig verborgen bleibt, zum Teil wohl schon vernichtet ist oder auch weiterhin der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Aber wie viel das auch sein mag: Was zum Vorteil des alten Regimes sprechen konnte, dürfte wohl schon alles jutage gefördert sein. Was verborgen bleibt, sind nicht Dinge, die das entkräften können, was die Akten sagen, sondern die deren Sprache nur noch verstärken müssen.

## Die Berlin-Brandenburger USP.

Wir berichteten schon über die Bezirkstagung der USP. Wie nicht anders zu erwarten, wurde die „Reinigung“ der „Freiheit“-Redaktion und ihre Umstellung auf das Leipziger Augenblicksprogramm gutgeheißen. Wesentlich beachtenswerter ist, was über den derzeitigen Zustand der USP-Organisation in Berlin-Brandenburg gesagt wurde. Dabei müssen wir uns berichtigen. Der „Vorwärts“ gab heute morgen als Mitgliederziffer der USP in Berlin-Brandenburg 50 000 an. Die Berechnungen über die wirkliche Mitgliederziffer ergeben aber nach den Meinungen der USP-Leute etwas andere Zahlen. Einer sprach von nur 42 000. In Berlin seien davon 32 000 zu finden. Die Haltung der „Freiheit“ während des Gemeindearbeiterstreiks habe 2800 Mitglieder und 3000 Abonnenten gekostet. Wenn die USP in Brandenburg ohne Berlin nur noch 10 000 Mitglieder hat — vorausgesetzt, daß jene Berechnungen restlos richtig sind — so bedeutet das einen be-

## Das einzig Wahre.

Von Hans Bauer.

Zeitungsnote: In Berlin ist eine 30-Millionen-Gesellschaft gegründet worden, der neben Stinnes und Krupp andere Mitglieder der Schwerindustrie angehören. Zweck der Gesellschaft ist die Aufnahme des Handels mit Rußland. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Moskau und Berlin.

Run ja: Und was wäre daran! Du lieber Gott! Haben nicht gerade die linksstehenden Kreise immer wieder hervorgehoben, daß mit Rußland in friedlichen Gütertausch zu treten sei! Und muß sich ein Gütertausch nicht organisieren, nicht zentralisiert sein? Kann er etwa gar von dem kommunistisch gestimmten Produzentenhändler Maier in Moskau zu dem Produzentenhändler Alexandrowitsch in Moskau direkt erfolgen?

Gewiß, gewiß! Es ist gar nichts daran, daß die Herren Krupp und Stinnes eine Gesellschaft gegründet haben. Es ist dies sehr natürlich, und es ist ihnen kein Vorwurf daraus zu machen. In einem gewissen Sinne hat sich die Schwerindustrie sogar ein Verdienst um diese Gründung erworben. Aber eben dies, daß nichts daran ist: das ist das Eiskame.

Da hat es eine Luxemburg und einen Liebknecht gegeben, die sich ganz mit der Seele Rußlands angefüllt hatten, die für Lenins Ideale getreu bis in den Tod waren. Da hat es tausende Anderer, Namensloser gegeben, die ins Zuchthaus wanderten oder auf dem Straßenspalt starben, als Rußland es befohl. Da gibt es noch heute in allen Ländern der Erde Zehntausende, deren letzte Hoffnung und Sehnsucht Rußland, das Rußland der Bolschewisten ist. Und es gibt Hunderttausende in allen Ländern, deren Hoffnung es zwar nicht ist, die aber mit seinen Idealen heiß gerungen haben und sie nur verwarfen, um das Ewige um so mehr zu lieben.

Die alle gibt es.

Und es gibt die Herren Mitglieder der Schwerindustrie, die nie daran dachten, Rußland verstehen zu wollen. Für nichts getreu bis in den Tod zu sein gebeten und auch nicht die leiseste Absicht haben, Ewiges zu suchen. Es gibt die Herren Krupp und Stinnes, die der Gesellschaft angehören. Der Gesellschaft mit 30 Millionen. Dem Unternehmen mit der Eröffnungsbilanz und den Dividenden-coupons. Es gibt die Herren von der Schwerindustrie, die, ob nun Rußland zaristisch, demokratisch, kommunistisch, Sieger- oder Besiegtenland ist, den Handel aufnehmen. Den Handel, der sein muß und der Geld bringt und der in der Flucht der Erscheinungen sozialer Katastrophen das einzig Wahre ist.

So habt ihr es freilich besser, ihr Herren Stinnes und Krupp. Dem deutschen Arbeiter hat seine Einstellung zu Rußland Zerissenheit und Blut gekostet.

Guch wieder verursacht sie allenfalls den Schweiß einer Vertragsabfassung.

ängstigend umfangreichen Niederbruch der gesamten Organisation.

Während der Tagung kam immer wieder die Meinung zum Ausdruck, daß man über taktische Fragen doch eigentlich auch mal reden müsse. Die Parteileitung vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß man „nicht mit jedem Zweifel an die Deffektivität treten“ solle. So eindeutig wie diese Stellungnahme war auch jene zur politischen Situation. Dittmann meinte: „In der Frage der Koalitionspolitik ist unsere Haltung klar und bestimmt für die Gegenwart.“ Er wollte das aber so verstanden wissen, daß das keine Ablehnung jeder Koalitionspolitik sei. Man sei für Koalitionspolitik, wenn sie „nur eine Verschleierung der Diktatur“ darstelle. Das ist so ungefähr ein Behaupten, etwa vor n Pferd und hinten n Auto. Geknickt wird dieses Fabeltier nach den „klaren“ Richtlinien des Leipziger Manifestes.

## Um den toten Kapp.

Die Rechtspresse schiebt dem toten Kapp Vorwürfe. Wie das in Fällen üblich ist, wo einer der ihren schweren Fehler begangen hat, beschimpft sie ihn, „das Beste gewollt“ zu haben. (Was bei einem Politiker eigentlich eine platte Selbstverständlichkeit sein sollte.) In der „Kreuz-Zeitung“ preist der Adlatus Kapps, der aus dem Jagow-Prozess bekannte Georg Schiele, die „Reinheit des Bollens“ des Dahingegangenen. Ähnliche Worte sagte die „Deutsche Zeitung“; die „Deutsche Tageszeitung“ rühmt Kapp als „furchtlosen deutschen Mann“. Die volksparteiliche „Zeit“ versteigt sich zu der seltsamen Behauptung, daß gerade die eifrigsten Verteidiger der Republik „sehr zufrieden“ sein könnten, daß der Kapp-Prozess nun nicht stattfinden werde. Wir glauben, daß die Leute, denen der Kapp-Prozess unangenehm geworden wäre, auf der entgegengesetzten Seite sitzen. In auffälligem Gegensatz zu ihrem Schwesterblatt schreibt dagegen die ebenfalls volksparteiliche „D.Z.“:

Das, was er (Kapp, D. Red.) unternahm, bleibt deshalb doch nicht nur eine politische Tareiß, sondern ein Verbrechen an der Allgemeinheit und am Staate. Auch wenn das tragische Schicksal, das in den letzten Lebensmonaten dieses Mannes sich verkörperte, einen gewissen verführenden Anstrich haben mag; die Schuld, die Kapp auf sich geladen hat, bleibt bestehen und wird das Gedächtnis an ihn dauernd belasten.

Kapp ist feinerzeit, nachdem sein Putschversuch ein so klägliches Ende gefunden hatte, nach Schweden geflohen. Auch als sein Schuld- und Leidensgenosse, Herr von Jagow, sich vor dem Reichsgericht zu verantworten hatte, zog Kapp es vor, im Ausland zu bleiben. Erst im April dieses Jahres kehrte er, damals schon ein kranker Mann, freiwillig nach Deutschland zurück.

Dieses Urteil entspricht der geschichtlichen Wahrheit. Was die Presse der Linken anbelangt, so werden sich wohl die Redakteure der Rechtsblätter gewundert haben, bei ihrer Durchsicht nicht eine der Widersärtigkeiten und Gemeinheiten gefunden zu haben, mit denen feinerzeit die Rechtspresse den toten Erzberger begeisterte — bei aller sachlichen Beurteilung der Taten Kapps. Ueber den verschiedenen Geist, der links und rechts herrscht, über die verschiedenen Auffassungen von Anstand und Sitte auf der Rechten und auf der Linken kann jeder daraus seine Schlüsse ziehen.

Sieben Monate Gefängnis für Smets. In dem Prozeß gegen den Sonderbündler Smets wegen Beleidigung des Reichspräsidenten fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung des Reichspräsidenten (§ 185 und 186 Str.G.B.) unter Zusammenziehung mit der Strafe, auf die dieselbe Strafkammer im März d. J. gegen Smets erkannt hatte, zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe vom März betrug 5 Monate Gefängnis. Die zum Druck benutzten Blätter sind unbrauchbar zu machen und die noch vorhandenen Stücke der Ausgabe der „Rheinischen Republik“, die den unter Anklage stehenden Aufsatz enthielten, sind einzuziehen. Der Urkellner und ein Auszug aus der Urteilsbegründung sind auf Kosten des Angeklagten in der „Rheinischen Republik“, in der „Kölnischen Zeitung“, in der „Kölnischen Volkszeitung“, in der „Rheinischen Zeitung“ und anderen Blättern zu veröffentlichen.

Theater des Westens: „Bis früh um fünf.“ Es ist vielleicht ein Beweis vor Qualität, sechzehn Jahre nach der Uraufführung einen Erfolg zu haben, wie ihn Paul Fink und seine Abtreitler Jean Kren, Arthur Bippich und Richard Bars gestern mit ihrem vom Theatertheater her bekannten musikalischen Schwank feiern konnten. Typische Berliner Kunst, leicht geschürzt, der Alpbhalgerauch noch nicht verflücht durch das erotische Parfum unserer heutigen Modelkunst, zu genießen vor allem mit dem Zwischfell. Lieferer Humor, ein bühnen Lebenstragik sogar, würzt den Beamtentyp Klingmann (Jollinspeltor), von Siegfried Arno kein Charakteristik. Seine Leistung vor allen rühmen, hiesig jedoch, anderen Unrecht tun. Max Tobien als von seiner Schweigepflicht gequälter Geheimere Expeditionssekretär, Grete Dieblich, dessen Frau, Antoinette Burghard und So Däne, beider Töchter, Trude Hesterberg, der bekannte Liebling der Berliner Operettenfreunde, als Marja Mariani (herb und harmonisch), Martin Kettner als vertrottelter Konzelekt und nicht zu vergessen Lotte Reineken als Dienstmädchen (gesund und urwüchsig), alles in allem: mit Lust und Liebe und schneidigem Tempo wurde gespielt. Die reinste Freude hatte das Auge jedoch an dem Landjuert Hans Jansen-Jakobs und der schönen Rizzi Olden. Das Publikum grüßte weder mit Beifall noch mit Blumen.

Geschichten von Max Liebermann. Von Max Liebermann, dessen 75. Geburtstag bevorsteht, werden in „Meber Land und Meer“ einige Anekdoten erzählt, die die Schloßfertigkeit des Meisters im schärfsten Licht zeigen. Bis einmal ein Kollege eine Zeichnung Liebermanns lange betrachtet hatte und ihn dann fragte, ob er mit einem weichen oder harten Bleistift zu zeichnen pflege, erhielt er nur die Antwort: „Mit Talent.“ Bei einem Porträt, das Liebermann machte, wollte der Dargestellte Zweifel an der Rehnlichkeit äußern, worauf der Meister Bild und Modell prüfend betrachtete und dann schließlich entschied: „Wissen Sie, ich habe Sie ähnlicher gemalt als Sie sind.“ Liebermann war bekanntlich längst berühmt, als die offiziellen Kreise von ihm noch wenig Notiz nahmen. Im Münchner Hofbräuhaus wurde ihm einmal von einem Bekannten ein General a. D. vorgestellt, der sich bei ihm erkundigte, ob er Maler sei. Die Kellnerin aber, die den Namen Liebermann gehört hatte, sagte daraufhin: „Verzeihen S' die Nachfrage: Sind Sie halt der Maler Max Liebermann aus Berlin?“ Der Geiragte bejahte dies, worauf die Kellnerin ausrief: „Schaun S', das ist mir a Freud, a so a berühmten Künstler zu bekennen!“ „Woll Erstaunen hörte der General zu und meinte schließlich wohlwollend: „Na, in diesen Kreisen scheinen Sie ja recht bekannt zu sein!“

Operngasse. Im „Deutschen Opernhaus“ ist jetzt eine Gastfaison angebrochen. Man hört jede Woche ein paar neue Gäfte, meist in den internationalen Allereitsopern. Am Montag wurde Verdis Rigolelto dreisprachig gesungen. Von den Gäften sang David Jarofflawsky russisch und Frau Andrejewa Sklions Italiensisch. (Die deutschen Mitwirkenden sangen immer noch deutsch.) Der russische Opernsänger brachte den Korren, in dem der Protest des Unterdrückten und in seinem edelsten Gefühle Gepemigten gegen fürstliches Gewaltvercentum zum Ausdruck kommt, trotzdem, vor allem mit virtuoser Darstellung heraus.

## Der Reichspräsident in München.

Republikanische Sympathieundgebungen.

München, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Abfahrt des Reichspräsidenten aus München heute morgen und die An- und Abfahrt zu dem großen Empfang gestern abend trugen schon ein ganz anderes Gepräge wie die Ankunft. Die Bevölkerung verhielt sich ernst und würdig und bereitete dem Reichspräsidenten stellenweise sogar stürmische Kundgebungen. Der Polizei war es gelungen, die Drahtzieher der Nationalsozialisten bei dem Versuch einer Demonstration vor dem Hause des Grafen Berchtesgaster in der Stärke von 50 Mann zu verhaften und in zwei Lastautos in Sicherheit zu bringen. Das Gewerkschaftshaus und das Gebäude unseres Parteihauses, der „Münchener Post“, wurden die Nacht über polizeilich bewacht. Insgesamt wurden über 100 Festnahmen und Personalfeststellungen vorgenommen. Trotz der Drohung des „Niesbacher Angeigers“, die bürgerlichen Abgeordneten, welche der Einladung Folge leisteten, namentlich zu veröffentlichen, waren mit Ausnahme der Deutschnationalen alle erschienen. Die seit Stunden vor dem Rathaus wartende Menge brach bei Eberts Abfahrt in stürmische Hochrufe auf die Republik aus.

Der Reichspräsident sprach vor seiner Abreise aus München, wohin er nunmehr zu kurzen Aufenthalt zurückkehrt, unseren Münchener Korrespondenten. Ihm sagte er u. a.:

„Ich war mir klar über die innen- und außenpolitische Bedeutung meiner Münchener Reise, die dem Ausgleich zwischen den deutschen Stämmen und letzten Endes der ganzen Nation dienen sollte. Ich lehre von München zurück in dem Bewußtsein, durch die persönliche Fühlungnahme mit den Führern der bayerischen Politik und Wirtschaft diesen Ausgleich gefördert und die Geschlossenheit des deutschen Volkes in seinem Wiederaufbauwillen nach innen und außen neuerdings zum Ausdruck gebracht zu haben. Die Rechtspresse wird wahrscheinlich über das Jöhlen und Pfeifen mancher Strahendemonstranten ein großes Geschrei erheben. Das kann und darf mich nicht stören. Ich habe auch an anderen Orten Lämmeleien gegen mich als Repräsentanten der Republik schon zur Genüge erlebt. Solange nur gepfiffen wird, können wir ruhig am Aufbau der Republik weiterarbeiten.“

München, 13. Juni. (W.L.B.) Während des parlamentarischen Abends, der zu Ehren der Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert stattfand, hatte sich eine vieltausendköpfige Menge vor dem Rathaus angeammelt, die dem Reichspräsidenten beim Verlassen des Hauses begeisterte Ovationen darbrachte. Trotz der vorgeschickten Stunde hatten es sich Tausende von Menschen nicht nehmen lassen, dem Reichspräsidenten ihre Huldigungen darzubringen. Der Reichspräsident wurde mit nicht endenwollenden Hochrufen begleitet. Auch vor seinem Hotel wurden ihm bei seiner Rückkehr begeisterte Ovationen dargebracht.

## Monarchistische Nervenschwäche.

Das republikanische Provinzial-Schulkollegium.

Man schreibt uns: Ein junger Student an der staatlichen Schiller-Schule in Dürer, Johannes Werdemann, der sich durch nationalsozialistische Propaganda am Orte „ausgezeichnet“, hat Urlaub für sich beantragt und in dem Gesuch darauf hingewiesen, daß die Zustände in der deutschen Republik ihn derartig erregen, daß er an nervösen Depressionen leidet. Das Provinzial-Schulkollegium in Berlin, eine republikanische Staatsbehörde, hat den nachgesuchten Urlaub bewilligt, ohne dem Studienrat zu bedeuten, daß die Republik keine Verantwortung hat, Leute, die sich über dieselbe ärgern, zu ernähren und ihnen auf ihre Kosten Erholungsurlaub zu gewähren, damit sie dann, wenn sie sich mit republikanischer Unterstützung erholt haben, um so kräftiger die Republik untergraben helfen. Das Berliner Provinzial-Schulkollegium greift kleinere in diesem Falle einem Wanne unter die Arme, der die Dreistigkeit besitzt, als republikanischer Beamter der vorgesetzten Behörde mitzuteilen, daß ihm die Republik ein Greuel ist. Im Sinne des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I., den der nationalsozialistische Dürer Studentent wohl als Schirmherr des von ihm geliebten preußischen Geistes anerkennen wird, wäre es gewesen, wenn ihm das Provinzial-Schulkollegium sein Gesuch mit dem Rundermetz zurückgegeben hätte: „Ist überflüssig, kann sich davonsetzen.“

Es war echtes Verbi-Temperament in der Rolle. Die Stimme ungleich, aber überwiegend sanft-tragend, zeugt von trefflicher Schulung. Der Gest packte das ausverkaufte Haus und hatte Applaus bei offener Szene. Frau Andrejewa (früher an unserer Staatsoper) gab der Gilda (freilich nur stimmlich) allen Zauber eines sanften Grächens und entzückte durch die Weichheit ihres Organs. Auch sie wurde gefeiert.

Wiederaufnahme des Zeppelinluftschiffbaues. Seit dem 5. Mai dürfen unter gewissen Beschränkungen in Deutschland wieder Luftschiffe und Flugzeuge gebaut werden. Infolge dessen haben auch die Friedrichshalener Zeppeliner die Arbeit wiederaufgenommen. Wie aus Kreisen der Direktion verlautet, soll zunächst mit dem Bau zweier Zeppelinluftschiffe begonnen werden. Durch das Diktat der Entente ist die äußerste Baumgrenze bei 30 000 Kubikmetern erreicht. Die neuen Schiffe werden daher unterhalb dieser Grenze bleiben, wenn sie auch voraussichtlich ein größeres Volumen als die beiden 25 000 Kubikmeter fassenden Schiffe „Bodensee“ und „Nordstern“ haben werden. Der erste Neubau wird ein Startluftschiff sein, das im Frühjahr 1923 fabriziert sein und hauptsächlich der Erprobung gewisser technischer Neuerungen dienen soll, wobei der funktentelegraphischen Orientierung, der Steuerung, der Verankerung im Freien, der Führung in der Nacht und bei Nebel usw. besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Das Schiff wird später nach Spanien gefahrt werden, wo es als Schulflugzeug für die Ausbildung der Mannschaften der Linie Sevilla-Buenos Aires dienen soll. Ein weiteres Startluftschiff von sehr großem Ausmaße wird für Amerika gebaut als Ersatz für das in Norfolk 1919 zerstörte Luftschiff.

20 Jahre eingeschlossen wegen eines Tanzes. Um seine Tochter „vor den Schlechtkheiten und Versuchungen der Welt zu bewahren“, hat ein dänischer Bauer sie 20 Jahre lang vollkommen eingeschlossen gehalten. Der Fall ist jetzt bekanntgeworden und ruft in den dänischen Blättern lebhafteste Erörterungen hervor. In dem Dorfe Smedjan in der Provinz Dalarna war vor 20 Jahren die 22jährige Tochter des Bauern Anders Jansson, ein lustiges, beschiedenes Mädchen, einmal gegen den Willen ihres Vaters zum Tanze gegangen. Wüßlich erschien dieser im Tanzsaal, rief sie von ihrem Tänzer fort und brachte sie nach Hause. Dort schloß er sie in ihrem Zimmer ein, und sie ist alle die Jahre hindurch darin geblieben; nur ganz selten einmal durfte sie auf einsamen Wegen in Begleitung ihres Vaters einen Spaziergang machen. Das Mädchen durfte mit niemandem sprechen und niemand schreiben. Vor kurzem kam eine Frau mit ihr in Berührung, die sie zur Flucht veranlassen wollte, aber sie erklärte, dem Willen ihres Vaters gehorchen zu wollen.

Die Thoma-Ausstellung frei! Nachdem von den Kosten der Thoma-Ausstellung in der Nationaloperette ein erheblicher Teil durch die Eintrittsgelder gedeckt ist, wird das Amtritätsgebot vom 15. bis 30. Juni aufgehoben. Es bleibt also für die zahlreichen Besucher, die Thoma gerade in der naturliebenden breiten Wäse zählt, Gelegenheit, diese reichhaltige Ausstellung seiner Werke zu besichtigen. Am 30. Juni wird die Ausstellung geschlossen.

Ein neuer Fall Koller? Der Dichter Reinhold Goering, bekannt geworden durch sein Drama „Seeschlacht“, ist in Braunschweig verhaftet worden. Wie die B.Z. erzählt, soll er über einen reichen Freundes, bei dem er Gast war, veruntreut haben.

## Der Moskauer Prozeß.

Moskau, 12. Juni. (OC.) Nach dem sowjetischen Prozeßbericht stellt sich der weitere Verlauf der Verhandlung folgendermaßen dar: Der ganze 9. Juni und der Beginn der Vormittagsstunde des 10. Juni war der Verlesung der Anklageschrift gewidmet. Danach begann die Vernehmung der Angeklagten. Zunächst dieses Verhörs trat der Unterschied zwischen den beiden Gruppen der angeklagten Sozialrevolutionäre besonders scharf hervor. Die erste Gruppe, der vorwiegend die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei angehören, lehnte prinzipiell die Beantwortung der Schutzfrage vor dem von ihr nicht anerkannten Sowjetgericht ab, bevorstehende jedoch das Mitglied des Zentralkomitees der Partei Timofejew zur Abgabe einer allgemeinen Erklärung über die ihr zur Last gelegten Handlungen, worüber der weitere Verlauf des Beweisverfahrens Aufklärung geben würde. Die zweite Gruppe der später aus der Partei ausgetretenen und gegenwärtig größtenteils keiner Partei angehörenden Angeklagten erkannte ihre Schuld an und beauftragte Georgij Rainer mit der Abgabe einer Erklärung.

### Eine Erklärung Timofejews.

In der Abendstunde des 10. Juni gab Timofejew seine Erklärung ab: Er erkannte den bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht an; die Partei werde auch in Zukunft auf diesen Kampf nicht verzichten; die zeitweilige Einstellung dieses Kampfes durch den 8. Parteikongreß sei keine grundsätzliche Wendung der Parteistellungnahme, sondern vom Kongreß aus taktischen Erwägungen für die damalige Zeit beschlossen worden. Gegebenenfalls, sobald die Lage zu einem entscheidenden Schlage wieder günstig erscheine, wie zur Zeit des Kronstädter Aufstandes, würde zur Organisation neuer Aufstände alles aufgegeben werden. Die Sozialrevolutionäre Partei stehe nach wie vor auf dem Boden der durch die Februar-Revolution konstituierten Staatsform und der konstituierenden Versammlung. Timofejew bestätigte ferner, mit fremden Mächten Beziehungen unterhalten und von ihnen Geld und Kriegshilfe empfangen zu haben. Dies begründete er mit der Notwendigkeit der weiteren Teilnahme Russlands am Weltkriege, wodurch der Inhalt des Versailles-Friedensvertrages zugunsten der sozialistischen Friedensidee hätte beeinflusst werden können; andererseits wäre nach dem Brester Frieden die Mitarbeit mit den Entente-Mächten zur Rettung Russlands vor dem durch die Sowjetmacht gestützten deutschen Imperialismus notwendig gewesen.

Im Namen der zweiten Gruppe erklärte Rainer, die ganze Taktik der Parteiführer der Sozialrevolutionäre sei nach der Oktober-Revolution auf die bewußte Täuschung der unteren Parteiglieder ausgegangen, deren trautes Beispiel die Parole des Zweifrontenkampfes, gegen die Bolschewisten und gegen die Weißgardisten, gewesen sei, wobei in Wirklichkeit gegen die Weißgardisten kein Kampf geführt worden sei.

Der Vertreter der Anklage Krylenko ersuchte, folgende Erklärungen Timofejews in das Protokoll aufzunehmen: 1. die Partei hat einen bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht geführt, 2. Beziehungen mit fremden Mächten unterhalten, die gegen Sowjetrußland Krieg führten, und will 3. auch in Zukunft auf bewaffnete Kämpfe nicht verzichten, sobald die Zeit hierzu günstig erscheint. — Die nächste Sitzung findet heute 12 Uhr mittags statt.

### Der vierte Verhandlungstag brachte ein

#### Verhör des Hauptangeklagten Gog.

Er erklärte, die volle Verantwortlichkeit für den Petersburger Aufstand der Dunter (Militärhelfer) auf sich nehmen zu wollen, da das Zentralkomitee seiner Partei über alle seine Schritte unterrichtet war und ihm Instruktionen erteilt hatte. Er wurde seinerzeit nach dem Smolnij, dem Hauptstich des revolutionären Kriegskomitees der Bolschewisten, gebracht, den er aber wieder unbehelligt verlassen durfte. Die Ankläger Bunatscharski und Krylenko betonten, daß Gog, hätte er damals sich zur Ueberreichung am Aufstande bekannt, den Smolnij gewiß nicht so leicht hätte verlassen können. Hier liegt ein charakteristischer Fall der Gepllogenheiten der Parteiführer der Sozialrevolutionäre vor, die Verantwortlichkeit auf die Ausführer zu schieben. Gog erklärte am Schluß seiner Aussagen: „Wie hielten es für unsere moralische Pflicht, gegen die Diktatur des Zentralkomitees der Bolschewisten aufzutreten und zu den Waffen zu greifen.“

Der Angeklagte Ussow, Arbeiter und sozialrevolutionäres Mitglied des Arbeiterrates von Kopolno bei Petersburg, der wie viele andere Sozialrevolutionäre an den Kämpfen gegen Kerenki und Krasnow teilgenommen hat, schildert die Stimmung des Petersburger Proletariats, die während des Oktoberumsturzes gegen die provisorische Regierung sehr erregt gewesen sei. Gog befragt die Verbindung des Komitees „Heimat und Revolution“ mit den Kossaken.

In der Abendstunde kamen die Aussagen des Belastungszeugen Pomeiski, des Organisators der Kampftruppen und Mitgliedes der sozialrevolutionären Militärkommission, zur Verhandlung.

## Die Untersuchung gegen Hermes.

### Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages in Sachen des Reichsfinanzministers Hermes schloß heute den Teil seiner Untersuchungen ab, der sich auf den Fall Augustin bezieht. Zwei Fragen wurden vorgelegt:

1. Ist dem Minister ein Vorwurf daraus zu machen, daß er weder zur rechten Zeit noch in der richtigen Weise gegen Augustin vorgegangen ist? — Die Frage wurde von 5 Ausschußmitgliedern verneint, von einem bejaht, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

2. Ist dem Minister Hermes ein Vorwurf daraus zu machen, daß er Augustin trotz mehrfacher Verlesungen zum Ministerialdirektor ernannt hat? — Auch diese Frage wurde mit dem gleichen Stimmverhältnis verneint.

Der Ausschuß setzte dann die Untersuchung wegen der billigen Weinsieferungen an Hermes fort. Der Direktor des Winzerverbandes der Mosel, Saar und Rumer legte eingehend dar, daß der Verband in zahlreichen Fällen an solche Persönlichkeiten billig Wein abgegeben habe, wo man erwarten konnte, daß die Bekieferung der Propaganda dieser Weine dienlich sei. Wenn die Weine der Mosel, Saar und Rumer auf den Tisch von einflussreichen Leuten kämen, wo zahlungsfähiges Publikum verkehre, so sei das dem Vertrieb der betreffenden Weine von Nutzen.

Der bayerische Müllerbund für die Getreideumlage. Bei der in München zusammengetretenen Hauptversammlung des bayerischen Müllerbundes wurden Entschlüsse angenommen, in denen das bayerische Müllergewerbe sich bereit erklärt, auch im kommenden Jahre an einer öffentlichen Getreidewirtschaft mitzuwirken, wenn ihm ein Mitbestimmungsrecht in den für die Durchführung des Gesetzes zuständigen Ausschüssen eingeräumt wird.

## Um den Viermark-Strassenbahntarif.

Die städtische Verkehrsdeputation hat gestern nach fast vierstündiger Beratung der vom Magistrat vorgeschlagenen Erhöhung des Strassenbahntarifs auf 4 M. zugestimmt, wobei allerdings mehrere Stadtverordnete sich der Stimme enthielten und andere die Zustimmung nur vorbehaltlich des Beschlusses ihrer Fraktion erteilten.

Aus dem sachlichen Teil der Verhandlungen hebt eine Korrespondenz hervor, daß sowohl von sozialistischer wie von bürgerlicher Seite die Begründung der Magistratsvorlage als sehr ungeschickt bezeichnet wurde. Insbesondere wurde von allen Seiten gegen die vom Magistrat geplante Erweiterung der Besugnisse der Verkehrsdeputation, wonach diese die Strassenbahntarife selbstständig festsetzen soll, das lebhafteste Bedenken geäußert. In einer so wichtigen Frage, die die weitesten Kreise der Groß-Berliner Bevölkerung auf des engste berührt, wie es die Strassenbahn sei, könne die von der gesamten Bürgerschaft gewählte Stadtverordnetenversammlung unter keinen Umständen ausgeschaltet werden. Der Magistrat wird die 4-Mark-Tarivorlage jetzt erneut einbringen, aber voraussichtlich ohne die Anregung, die Sitzungen der Verkehrsdeputation zu ändern. Betont wurde auch, daß die Frage der Beschaffung neuen Kapitals zur bringend notwendigen Erneuerung der Strassenbahn unabhängig von der Tarifierhöhung behandelt werden müsse, daß man aber in dieser Hinsicht jede Einwirkung beim Magistrat vermieße. Die Beschlüsse der Verkehrsdeputation werden voraussichtlich schon bei der Haushaltsberatung ihre Folgen haben.

### „Das war der Herr von Hohenstein...“ Erfolgreiches Schwindelmauöver mit einem leichtgläubigen Landwirt.

Alzu große Vertrauensseligkeit gegenüber Strassen- und Lokalbekanntschäften ist schon manchem harmlosen Manne in Berlin teuer zu stehen gekommen. Alle öffentlichen Warnungen aber scheinen nicht zu fruchten.

Außerdem ist harmlos war jetzt wieder ein siedlungs-lustiger Landwirt, der aus dem Zoffener Lager hierher kam. Auf einem Spaziergang unter den Linden lernte er einen Mann kennen und teilte ihm im Laufe der Unterhaltung mit, daß er wieder ein Landgut erwerben möchte. Der neue Bekannte mußte „zufällig“ jogleich Rat. Sein Freund, ein Herr von Hohenstein, so sagte er, unterhalte in der Potsdamer Straße ein großes Bureau für Anfruchtungen. Der freundliche Vermittler erbot sich, weil er gerade Zeit habe, den Landwirt gleich dorthin zu führen. Ein glücklicher „Zufall“ wollte es wieder, daß man Herrn von Hohenstein schon auf der Straße traf. Dieser verhandelte sofort mit dem Bewerber und fragte ihn nach seinen Vermögensverhältnissen gründlich aus. So erfuhr er, daß der Mann 70 000 M. flüssig hatte, und gerade für ihn hatte er auch gleich etwas Passendes, nämlich eine Wirtschaft in Hohenhurn bei Halle, die 380 000 M. koste. Eine Anzahlung von 70 000 M. genüge Herrn von Hohenstein, der seiner Behauptung nach laut Vereinbarung mit der Besitzerin, einer Frau Beier, über das Gut frei verfügen konnte. Er empfahl aber dem Bewerber, nach am selben Tage abzufahren, weil er verreisen müsse und sich dann die Sache zerlegen könnte. Wenn er Lust habe, möge der Ansiedler gleich nach Jossen fahren und das Geld holen. Der Vertrauensselige machte sich sofort auf den Weg und trat der Vereinbarung gemäß nachmittags um 4 Uhr auf dem Potsdamer Platz mit dem ersten Bekannten wieder zusammen. Von dort aus suchte man ein Lokal an der Potsdamer Brücke auf, in dem bald darauf auch Herr von Hohenstein erschien. Er schilderte jetzt die Wirtschaft so eingehend und so günstig, daß der Landwirt zum Abschluß bereit war. Die Schilderung hatte er aber so lange ausgedehnt, daß es zur Längung des notariellen Aktes zu spät geworden war. Diese wurde deshalb verschoben bis nach der Rückkehr des Herrn von Hohenstein von seiner Reise. Die Anzahlung von 70 000 Mark steckte Herr von Hohenstein ein. Der Landwirt fuhr nach Hohenhurn, fand dort aber weder eine Frau Beier, noch eine Wirtschaft, die sie zu verkaufen gehabt hätte. Schwer enttäuscht kehrte er nach Berlin zurück, und hier suchte er nun vergeblich auch seinen Bekannten von den Linden und Herrn von Hohenstein und dessen Bureau. Der Schwindler „Herr von Hohenstein“ ist etwa 30 Jahre alt, hat hellblondes Haar und englisch gestylten Schnurbart und trug vornehme Kleidung: einen grauen Staubmantel, eine dunkelgefärbte Hute, einen hellgrauen Hut und schwarze Schnurschuhe. Er und sein Helfershelfer werden von der Kriminalpolizei gesucht.

### Nur Kleinigkeiten.

Ran schreibt uns: Also von großen Dingen verstehe ich nichts, aber wenn es in großen Dingen ebenso schlecht um uns bestellt wie in kleinen Dingen, dann kann man so manches verstehen. Fahrt man also von Haselhorst mit der Strassenbahn nach Spandau, so kommt man an einem langen Zaun vorbei, der die ehemalige Pulverfabrik, oder so etwas, von der Straße aus linker Hand begrenzt. Hinter diesem Zaune liegen unter anderen Sachen auch etwa 50 bis 100 Kabeltrommeln mit Kabeln bewickelt. Verstaubt, verdreckt, allem Wetter ausgesetzt. Man sieht, daß sie schon lange dort liegen und sie werden vermodern, verkaufen und irgend ein befreundeter Heber Althändler kauft dieses so wertvolle Material für ein geringes, um es vielleicht an anderen Ortsweg wieder der Republik zu verkaufen, natürlich zu Valutapreisen.

Was das sein? Sieht das kein Oberbeamter, kein Inspektor, kein Regierungsrat, kein Minister? Wiederaufbau! Nicht daneben hinter eben demselben Zaune liegen eintausendfach beieinander etwa zwei Dutzend Gartenbänke. Das Stück kostet heute etwa 1000 M. Dort verfaulen zwei Dutzend oder mehr solcher Bänke, weil wahrscheinlich über jede Bank zwei oder mehr Dutzend Inspektoren und Bauräte beraten und Zulässigkeitsräte raten. Im Stadtpark zu Spandau gehen Krüppel und alte Leute spazieren, die sich gerne auf solch einer Bank ausruhen würden.

### Salzsäure oder Selterwasser?

Das Opfer eines eigenartigen Unglücksfalles, der noch dringend der weiteren Aufklärung bedarf, ist der Kaufmann Edmund Preuß aus Hamburg geworden, mit dessen eigenartigem Verderben als Chauffeur des Vizepräsidenten v. Bayer, Kunstschlachtenfabrikant, Spielklub- und Bordellbesitzer sich schon mehrfach die Deffensivität zu bekennen hatte. Gegen Preuß sollte gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen gewerbsmäßiger Heberei verhandelt werden, da man in seiner Villa in Düsseldorf, die er dem dortigen Ersten Staatsanwalt abgekauft hatte, circa 60 wertvolle Beserterteppiche beschlagnahmt hatte, welche aus Diebstählen in Berlin herrührten. Die Verhandlung mußte vertagt werden, da B. nach berühmten Mustern plötzlich den „Geisteskranken“ spielte. Dies hinderte ihn aber nicht, bald darauf etwas angetrunken in einem Lokal in der Nähe des Kriminalgerichts zu sitzen. Wöllrich (siehe B. auf und brach zusammen. In einer vor ihm stehenden Selterflasche und dem Glase befand sich Salzsäure, von der B. einen Schluck genommen hatte. Nach Angabe der Zeugin hat er in dem Betriebe überhaupt keine Salzsäure vorhanden gewesen, ebenso erklärte die Mineralwasserfirma, die das Selterwasser geliefert hatte, daß es ausgeschloffen sei, daß bei ihr die Verwechslung vorgenommen sein könnte. B. wurde in der Rettungstation in der Turmstraße der Wogen ausgepumpt. Er konnte sich jedoch allein in sein Hotel zurückbegeben. — Unverständlich und etwas bedenklich erscheint es, wie man Selterwasser mit der nicht verdenden Salzsäure verwechseln kann, die außerdem dicke weiße Säurenebel ausstößt, die auffällig stinkig riechen.

## Dr. Jacks Abenteuer.

### Raubzug eines amerikanischen Arztes.

Ein niederträchtiger Akt der Undankbarkeit gegen einen Wohltäter führte gestern einem Abenteuer, über dessen Persönlichkeit ein gewisses Dunkel schwebt, vor das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Der Angeklagte, der sich für einen amerikanischen Arzt Dr. Jack Davis ausgibt, erzählte vor Gericht folgende romantische Geschichte:

Er sei als Oberarzt Mitglied der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland gewesen und habe dort so glänzende Befolgung erhalten, daß ihn mancher hohe Staatsbeamte in Deutschland darum beneiden konnte. Trotzdem sei er, von einer unbefriedigten Abenteuerlust getrieben, desertiert und habe sich ins Innere von Deutschland begeben. Der völlig hofflose Angeklagte führte nach und nach ein Abenteuer- und Vagabundenleben, zergrübelte sich auch in seinen Ruhestunden den Kopf, um ein „System“ zu erfinden, wonach man beim Roulettepiel ein reicher Mann werden könne. Da kam ihm das Glück in außerordentlichem Maße entgegen: Der Kapellmeister Gustav Gottschalk hatte das Café Winterfeld-Palast in der Potsdamer Str. 74 übernommen und neu eingerichtet. Bei ihm sprach der durch ein Mitglied der Gottschalk'schen Kapelle empfohlene Angeklagte eines Tages mit der Bitte vor, ihn doch irgendwie zu beschäftigen, da er nicht imstande sei, einen Croquer zu finden. Der ganz vertrauenswürdig aussehende Angeklagte gefiel Gottschalk, und er glaubte ein gutes Werk zu tun, als er den amerikanischen Doktor in seinem Betriebe als eine Art Beschäftigter anstellte. Dieser war nun aller Sorgen ledig, denn außer einem großen Monatsgehalt hatte er vollständig freie Station. Das Vertrauen des Zeugen Gottschalk zu ihm war ohne Grenzen, so daß er über sämtliche Schlüssel zum Weinkeller und den anderen Vorratsräumen verfügte. Am 14. Oktober v. J. hatte Herr Gottschalk eine Summe von etwa 100 000 M. in einer Kaffette bewahrt, da er am folgenden Tage diese Summe an seine Kreditgeber zahlen mußte. Um während der Nacht ganz sicher vor Dieben zu sein, ließ er den mit einem Koolvoer ausgerüsteten Angeklagten in Begleitung eines Hundes im Café schlafen. Der Angeklagte verließ seinen Wächterdienst aber in der Weise, daß er den Schreibtisch, in dem die Kaffette stand, erbrach, ebenso die Kaffette und die 100 000 M. sich aneignete. Er stahl dann noch mehrere Kisten der teuersten Zigarren und andere Wertgegenstände und suchte das Weite. Er fuhr nach Hamburg, verspielte im Kasino in Joppo viele tausende Mark, verjubilte große Summen in Spielfreien und wohnte schließlich unangemeldet in Berlin, bis er hier verhaftet wurde. Von dem Gelde hat der Bestohlene nichts wiederbekommen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf den traurigen Umstand, den er bewiesen, nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus.

### Kommunale Kinoüberwachung in Schöneberg.

Die Wohlfahrtsdeputation des Bezirks Schöneberg hat einen Ortsausschuß für Schauspielpflege eingesetzt, der die Pflicht hat, dem Schauspielgesetz vom 12. Mai 1920 gebührende Geltung zu verschaffen und die Polizeibehörde in der Kinoüberwachung zu unterstützen. Ferner soll der Ortsausschuß bei der Verbesserung der Jugendvorstellungen mithelfen. Jedes Mitglied des Schauspiel-ausschusses ist verpflichtet, in einer nach einem bestimmten Plan vorgeschriebenen Zeit die Ueberwachung der ihm zugewiesenen Kinos auszuüben und etwaige Verstöße gegen das Schauspielgesetz zu melden. Jedes Mitglied erhält einen mit Bildnis und kurzer Personalbeschreibung versehenen, polizeilich abgestempelten Ausweis, der ihm das Recht gewährt, jederzeit freien Eintritt in die Vorstellungen zu nehmen. Die Mitglieder des Ausschusses werden auf 2 Jahre gewählt. Man darf gespannt sein, wie sich dieses Experiment bewährt und welcher Ausstände der neuen Herren Zensoren sein werden.

### Todessturz in den Fahrstuhlschacht.

Ein schweres Fahrstuhlunfall hat sich gestern im Hause Kaiserin-Augusta-Straße 77 ereignet. Als dort die 63 Jahre alte Gattin des verstorbenen Direktors der Discontogesellschaft Frau Lina Fregmar von dem Dachgarten ihres Hauses aus die Tür zum Fahrstuhlschacht öffnete, um mit dem Fahrstuhl nach unten zu fahren, stürzte sie durch ein Versehen des Fahrstuhls, der unten geblieben war, durch den vier Etagen hohen Schacht in die Tiefe. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe trat nach wenigen Stunden der Tod infolge innerer Verblutung ein.

Keine Automobilausstellung im Herbst. In seiner gestrigen Sitzung hat der Verein Deutscher Motorfahrzeug-Industrieller den Beschluß gefaßt, die für den Herbst 1922 geplante große Automobilausstellung in der Halle am Kolonnenwall infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse ausfallen zu lassen. Auch die für die Zeit der Ausstellung (24. September) vorgesehene internationale Rennen auf der Hous will man ausfallen lassen.

Die Berechtigung zur Waldweide, die im Kreis erteilt worden ist, wird vom 1. Juli ab nicht mehr gestattet, damit die Forstverwaltung vor Baumschäden bewahrt bleibt.

27 Personen an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Bei der silbernen Hochzeit des Landwirts Becker erkrankten 27 Personen nach dem Genuß von selbstzubereiteten Heringsalat. Zwölf Personen erkrankten schon während des Essens. Einige Personen lagen zwölf Stunden ohne Bewußtsein. Der Arzt stellte Vergiftungserscheinungen fest. Bis jetzt ist noch kein Todesfall zu verzeichnen.

Von seinen eigenen Söhnen ermordet. In Knappendorf bei Werseburg wurde der Bäckermeister Karl Scharf in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von seinen beiden ältesten Söhnen ermordet. Der Bäckermeister wurde durch zwei Kopfschüsse schwer verletzt. Gegen 8 Uhr ist er dann seinen Verletzungen erlegen. Die beiden Söhne haben die Tat eingestanden, während Frau und Tochter nichts gehört haben wollen. Die beiden Mörder wurden verhaftet. Die Veranlassung zur Tat waren Familienzwistigkeiten, die von der Mutter ausgehen. Diese erscheint daher stark belastet.

Ein Doer bei Wittenberge niedergebrannt. Nachdem erli vor kurzem das Dorf Kßow einem Brande zum Opfer gefallen ist, hat sich am Sonntag im Nachbarort Capern bei Schnodenburg a. d. Elbe eine zweite Brandkatastrophe ereignet, die auch dieses Dorf fast ganz in Asche legte. In den Nachmittagsstunden, als die Dorfbewohner an der Beerdigungsfelder des bei dem Brande von Kßow tödlich verunglückten Gastwirts Alced teilnahm, ertönte Brandalarm. In kurzer Zeit stand ein großer Teil der Gehöfte des Dorfes in Flammen. Fünf Anwesen mit viel Entvorräten und 20 Gebäuden wurden eingeeäschert. Man führt das Feuer auf Brandstiftung zurück. Innerhalb einer Woche sind hier auf altmüßlichem und hannoverschem Gebiet über 30 Gebäude durch Feuer zerstört worden.

## Groß-Berliner Parteinarichten.

### Morgen, Mittwoch, den 14. Juni.

10. Ubr. 7 1/2 Uhr. Verteilungsverammlung in der Frauenschule, Gellertstr. 117. 11. Ubr. 8 Uhr. Jubiläum bei Heimann, Wallerstraße. 12. Ubr. 8 1/2 Uhr. Gruppenversammlungen. Gruppen 12, 13, 14 und 15 im Verhalmis-Speum (Reichsanstalt), Pring-Allee-Str. 44, Gruppe 14 bei Kraumann, Rosenthalstr. 17.

Samstag, Gruppe 15. Sonntag, abends 8 Uhr. Diebstahl bei der Auseinandersetzung Goale-Beispiel.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bismarck 100, allgemein aufklarend, aber noch überwiegend bewölkt bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

In England waren Ende April 17,4 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder erwerbslos gemeldet. Von den rund 12 1/2 Millionen Mitgliedern der Arbeitslosenversicherung wurden am 10. April 1648 441 als völlig arbeitslos und 187 000 als Kurzarbeiter unterstellt. Darin zeigt sich wohl eine Besserung gegen die Bormonats, aber doch nur eine geringe, und die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das große Problem der englischen Wirtschaft.

Aus Italien liegen neuere Zahlen nicht vor. Bis Ende Februar ist ein ununterbrochenes Steigen der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Der letzte Ausweis gibt 607 000 Arbeitslose an.

Die skandinavischen Länder zeigen eine geringe Besserung. Immerhin melden die dänischen Gewerkschaften noch Ende April 24 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Die schwedischen Gewerkschaften geben für Ende März 31 Proz. der Mitglieder als arbeitslos an. Norwegen meldet 21 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos.

In der Schweiz zeigt sich eine geringe Besserung. Sedoch sind noch immer Ende April fast 82 000 Bollerwerbslose gemeldet. Die Zahl der Kurzarbeiter ist noch gestiegen.

## Die Berliner Metallarbeiter.

In der gestrigen Delegiertenversammlung des Berliner Ortsverbandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den Germania-Sälen gab der Verbandsvorsitzende Robert Dikmann-Sittigart einen Rückblick über die beendeten Abwehrtämpfe in Süddeutschland. Er schilderte die ganze Situation, die glänzende Haltung der im Kampfe stehenden Mitglieder, erinnerte an die Opfer, die der Kampf erforderte, an die ungemein schwierigen Verhandlungen und würdigte das Ergebnis der Bewegung. Die Verhandlung habe alles getan, was in ihren Kräften stand, um den Kampf zu einem guten Ende zu führen. Dikmann ging dabei mit dem Verhalten der SPD-Zentrale und ihrer Presse ins Gericht, die der Verhandlung unangenehm Knüppel zwischen die Beine warfen. Die Einheitsfront der Kämpfenden, einschließlich des größten Teils der kommunistischen Verbandsmitglieder zu stützen suchte. Den Quertreibern kam es nicht darauf an, daß die Metallarbeiter aus dieser Bewegung siegreich hervorgingen, vielmehr suchten sie auch diesen Kampf als eine günstige Gelegenheit zu nützen, um ihre politischen Agitationsgeschäfte zu verkaufen. Deshalb die fortwährenden Tiraden von „Aktion“ und „Generalstreik“ und die Verdrängung der Verbandsleitung. Das gewissenlose Spiel, mitten im Kampfe die Einheitsfront der Kämpfenden zu zerrütten, präsierte glücklicherweise an dem gesunden Sinn der gewerkschaftlich geschulten Metallarbeiter ab.

In der Diskussion suchte der mit als 1. Bevollmächtigter der Berliner Ortsverwaltung zur Wahl stehende Kommunist Walcher das Verhalten seiner Partei zu rechtfertigen und hielt eine lange Agitationrede für die Kommunisten. Im Laufe seiner Ausführungen verwickelte er sich wiederholt in Widersprüche, daß er in den Reihen der Zuhörer ein helles Gelächter entfiel. Fast sämtliche nachfolgenden Redner betonten, daß Walcher in der

Gewerkschaftsbewegung gänzlich unbekannt und unerfahren sei, da er sich ausschließlich auf das Gebiet der politischen Agitation verlegte. Seine Kandidatur als Bevollmächtigter der größten Ortsverwaltung des Verbandes bedeute für die Metallarbeiterbewegung ein gewagtes Experiment. Ob die Metallarbeiter in ihrer Organisation ein solches Experiment ohne große Nachteile ertragen können, sei fraglich. Die Abstimmung ergab dennoch, daß die Unterstützung für beide Kandidaten, den bisherigen Bevollmächtigten Ziska und den Kommunisten Walcher ausreicht. Der Wahlscheid erfolgte durch Urabstimmung.

## Löhne der Silberschmiede.

In einer Versammlung aller in den Silberwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag im Dresdner Garten, wurde über die mit den Arbeitgebern gepflogene Lohnverhandlung von Heigt und Henschel folgendes berichtet: Von den Arbeitgebern wurde zunächst nur eine Mark Zuschlag zu den Stundenlöhnen geboten. Nach langen Auseinandersetzungen machten sie das Zugeständnis, den Zuschlag auf 1,50 M. für die Löhne der männlichen Arbeiter zu erhöhen. Für Frauen soll der Zuschlag 1,15 M. betragen, für Ausgelernte 1 M., für Polierinnen unter 16 Jahren 75 und für jugendliche Arbeiterinnen 50 Pf. Diese Zuschläge sollen für die Zeit vom 16. bis 30. Juni gelten. Ueber die Juli-Löhne wird am 22. Juni verhandelt.

Bei der Abstimmung entschied sich die Versammlung mit erheblicher Mehrheit für die Annahme. Die Forderungen für Juli sollen in einer nächsten Versammlung aufgestellt werden. Den Rest der Versammlung bildeten Erörterungen interner Angelegenheiten.

Die Geschäftsführer und Lagerarbeiter der Gruppe Altpapier des Transportarbeiterverbandes waren am Montag abend im Englischen Garten versammelt, um über die Kündigung der bestehenden Lohnsätze zu beschließen und neue Lohnforderungen aufzustellen. Nach einem kurzen Referat von Kruse wurde die Kündigung beschlossen. Die hierauf folgende Aussprache über die aufzustellenden Forderungen wurde zeitweise sehr lebhaft. Die Anträge einiger Redner gegen die „Gewerkschaftsbureaukratie“ wurden von Brunzel gründlich abgewiesen. Die Juni-Löhne betragen: Kutscher 937,50 Mark, Arbeiter 887,50 M., Arbeiterinnen 552,50 M. und Jugendliche unter 18 Jahren 487,50 M. wöchentlich. Schließlich wurde der Antrag gegen eine Erhöhung der Löhne um 50 Proz. ab Juli zu fordern. Hierauf wurde eine Lohnkommission aus sechs Mitgliedern gewählt.

In der westfälisch-märkischen Metallindustrie sind — wie aus Hagen berichtet wird, die Verhandlungen zwischen dem Märkischen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaftsorganisationen der Metallindustrie über die Festlegung der Juni-Löhne gescheitert. Erneute Verhandlungen sind heute beim Reichskommissar in Bochum.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Die Hitze ist der Feind unserer Säuglinge. Die Mutter möge dieser Gefahr rechtzeitig begegnen durch fröhliche Verabreichung von Porath's Kinder- und Frankentee. Porath hat u. a. den Koffein, wobei Milch noch Milchpräparate zu enthalten, ist deshalb in heißen Sommerzeiten, an denen bei Kindern häufig Verdauungsstörungen vorkommen, unbedingt zuverlässig. Der billige Preis (die große Flasche nur 23 Mark) ermöglicht jeder Mutter die dauernde Verwendung der bestlich empfohlenen Porath-Nahrung. In Apotheken und Drogerien erhältlich.

# Wirtschaft

## Die Düsseldorf-Jachschule für Wirtschaft und Verwaltung.

Die zweite staatliche Jachschule für Wirtschaft und Verwaltung ist gestern durch den Handelsminister Genossen Siering in Düsseldorf eröffnet worden. Die erste derartige Schule hat Anfang Mai in Berlin-Wilmersdorf ihre Wirksamkeit begonnen, die zweite, für den industriellen Westen des preussischen Staates bestimmte, hat ihren Sitz in Düsseldorf erhalten. Im Grundgedanken handelt es sich um neue Bildungsmöglichkeiten für auserlesene Begabte aus den Arbeiter- und Angestelltenkreisen und um Heranbildung von Führerpersönlichkeiten für die Organisationen der arbeitenden Bevölkerung.

Die Aussichten der österreichischen Gemeinwirtschaftlichen Anstalt. In Deutsch-Österreich macht sich jetzt, ähnlich wie bei uns, eine scharfe Hege gegen die gemeinwirtschaftlichen Betriebe und gegen gemeinwirtschaftliche Steuermaßnahmen geltend. Die Mittel, die man dort anwendet, um dem heiligen Profit zum Siege zu verhelfen, sind genau die gleichen wie bei uns: Verdrehungen von Tatsachen, unwahre Behauptungen. Daß es aber trotz unfähiger Schwierigkeiten gelungen ist, einen Teil der Betriebe zu reorganisieren, zeigt die Mitteilung, daß die „Gemeinwirtschaftliche Anstalt“, die die auf Friedensbetrieb umgestellten Werkstätten des alten Arsenalums umfaßt, im ersten Geschäftsjahr mit einer Aktivbilanz abschließen und ihr Anstaltskapital mit 5 Proz. verzinsen wird. Der Auftragsbestand ist so befriedigend, daß man auch für das zweite Geschäftsjahr mit einem befriedigenden Abschluß rechnet. Dieses Ergebnis ist um so erstaunlicher, als das Privatkapital bisher unter dem Vorwand der Unrentabilität das Unternehmen mit aller Schärfe bekämpft hat — ganz wie bei unseren Eisenbahnen —, in der Hoffnung, es selbst billig erwerben zu können. So hätte man dem Unternehmer Kredite nur unter derart schweren Bedingungen geben wollen, daß die Absicht, den Betrieb abzuwürgen, leicht zu erkennen war. Der Staat mußte mit einem verhältnismäßig Darlehen von 1 1/2 Milliarden Kronen zur Ueberwindung der Anfangsschwierigkeiten beitragen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Alth. Berlin-Wilmersdorf; für Anzeigen: Th. Glöck. Berlin. Verlag: Bormann-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Bormann-Verlag G. m. b. H. Berlin. Postamt: B. 10. Berlin. Preis: 10 Pf.

**Porath's Kinder- und Frankentee**  
Süß, kühlend, leicht verdaulich.  
Prof. Dr. med. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
Prof. Dr. med. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h. Dr. h. c. h.  
In Apotheken und Drogerien erhältlich.  
Originalflasche M. 22.— u. 10.—

**Quecksilber**  
kauft höchstzähnd  
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10  
(Laden nahe Spittelmarkt)

**Metal-Bettstellen**  
Fürst, Neubühl, Hermann Str. 38  
Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel  
Fabr. f. Wagnert, Anklagenstr. 2, Feldbettstellen.  
Fabrikpreise. Lieferung in Neubühl und angrenzende Gegenden frei Haus.

**Wichtig f. alle** u. besond. heute ist die Sicherheit d. Zukunft der Familie u. die Vorsorge für das Alter durch das Abschließen einer Lebensversicherung. Klärt Sie doch, ungehindert Ihre Aufmerksamkeit an **Karlshuber Lebensversicher. a. G.** Hauptverwaltung Geol.-Berlin, Beclia 20 50, Glöckener Straße 6

**Teilzahlung Garderobe**  
für Damen, Herren und Burschen  
sehr preiswert  
insolge großer, alt. Lagerbestände  
bei bequemen Ratenzahlungen  
**H. Tyra & Co.**  
Berlin, Beussstr. 20

**Metal**  
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

**Resthandlg. Haarpuder**  
Goltzstr. 2  
Selden, Samt, sämtliche Futterartikel  
bedeutend unter Preis

**Zeitungsblätter**  
gebündelt, K. 1,50  
Haus-, Woll-, Lumpen, Kaffee, hohe Preise  
Neukölln, Dr. 128  
Wingelg. Reinhold  
Fernspr.: Rest. 381

**Gold Silber Platin**  
Zahngelbisse  
Erich Fuhrmann  
Goltzkowskystr. 13

**Linoleum-Spezialgeschäft**  
**G. Bargende**  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 79  
**neu! Hauptgeschäft neu!**  
**Windscheidstraße 11**  
Zwischen Bahnhof Charlottenburg u. Bismarckstr. Fernspr.: Wiltg. 2750 u. Stpl. 4194  
Reichhaltig. Lager in Linoleum, Säuerstoffen, Linoleumläutern, Wachstüchern, Teppichen, Bohnerwachs, Linoleumöl.  
Ausführung sämtlicher Linoleumarbeiten durch eigenes, geschultes Personal!

**Stoff-Reste-Haus**  
A. M. Steinhardt  
18 Leibnizstr. 18  
Schöne Reste in Frotté, Völle, Gardine, Tuch etc.  
Reste für Herren-Anzüge, Schläpfer  
In Qualitäten. Steuend billig!

**Spez. Beh. Ischias**  
für für  
1. Möst. Ges. u. Bein  
Da schw. Fälle in 15 Tag. bes. hierüb. unantastb. Heilerfolge. best. u. Ref. Medizinische 116. v. 19-2. Jacoby

**Fahrräder!**  
Mittel, Hochqualitäts.  
Koch, Neukölln  
Bergstr. 55, Lehr

**Drei Millionen**  
Kriegsbeschädigt u. Hinterbliebene, alte u. neue Heeresangehörige u. Behörd. brauchen den  
**Kommentar**  
zum Reichsvorsorgegesetz, von Hermann Müller, der alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen zuverlässiger erläutert.  
Preis 15 Mk.  
Buchh. Vorwärts  
Berlin SW., Lindenstr. 2

**Ba. Strickwolle**  
sowie Zumper und Jaconwolle preiswert im Selbstvertrieb  
Bismarckstr. 43, Hof a. r.

**Eder**  
Wingengegerbte  
Bade- u. Sofleder-Coupons  
**Berthold Kuttner**  
Berlin SO 26  
Reichenberger Straße 14  
1-3 Erdgeschoss

**Spezial-Arzt** Dr. Scotti i. Haut- u. Geschlechtsleid., Syphilis-, Salvarsan-Kur ohne Quecksilber. Veralt. Hautleid., Schwäche, Giltz. Erfolg. Blutuntersuchung, im Eltest. Löser-Institut.  
**Dir.: Löser senior** Sonnt. 9-1  
Rosenthaler Str. 69/70, 7. Damenz. separ.

**Geschlechtsleiden**  
Ihre Erkennung und Heilung ohne zu leiden.  
Arzneifreien und Ihre Wirkung. Ohne Verschönerung! Radikal, viele Erfolge. Wasserl. Koch, verleiht portofrei gegen Einsendung von 7 Mk.  
Dr. H. G. Rauscher, med. Verlag, Hannover, Odenstraße 3.

**Großdetail**

# Schuh-Lokal

Münzstrasse 25  
Untergrundbahn Alexanderplatz.  
Zweiggeschäft:  
Frankfurter Allee 54

**Schnürschuh** mit Lackkappe oder Spangenschuh  
**198.-**  
moderne kurze Form.

**Braune Schnür- oder Spangenschuhe**, meist echt Chevreau, Gr. 35-38, moderne Form **298.-**

**Lack-Schnürschuhe**, moderne, schicke Form **498.-**

**Schwarze Schnürschuhe**, moderne schicke Form, mit oder ohne Lackkappe, sehr haltbarer Schuh, 379.-, **298.-**

**Leinen-Schnür- und Spangenschuhe billig.**

**Grau Wildleder** sowie and. Luxusarten in Lack mit u. ohne Louis XV. Absatz **598.-**

**Wir empfehlen unserer werten Kundschaft sich ihren Bedarf jetzt bei uns zu decken, da neue ganz enorme Preissteigerungen bevorstehen. Wir haben noch alles Lager.**

**Einige Beispiele:**  
**Kinder-Stiefel:**

**Chromleder**, schöner, haltbarer Stiefel . . . 18-20 **59.-**  
21-22 mit Absatzleck 79.-, 23-24 89.- . . . . .

**Rindleder**, besonders kräftig und haltbar, bequeme, bewite Form, 21-24 **129.-**, 27-30 . . . . . **98.-**

**Hübscher Wildboxstiefel** 27-30 . . . . . **159.-**

**Braune Stiefel, Halbschuhe u. Spangenschuhe** in den Größen 20-27.

**Turnschuhe, Leinwandstiefel und Halbschuhe.**

**Sandalen**, schwarz, Rindleder, besonders kräftig u. haltbar, 31-34 **105.-**, 27-30 **95.-**

**Damenstiefel**, Rindleder, 37-39, 40-42 **198.-**  
(bessere Sorten, besonders hoher Schaft 290.-, 498.-)

**Orig.-Goodyear-Welt**, moderne Form . . . **498.-**

**268.-**  
**Robbox**  
mit Derbyschnitt.

**Braun Sportleder**, sehr haltbar u. hübsch . . . **398.-**  
sehr gutes Fabrikat, breite Form . . . . . **498.-**

**Braune und schwarze Halbschuhe und Stiefel** in feiner Luxusauführung billig! Große Auswahl.